

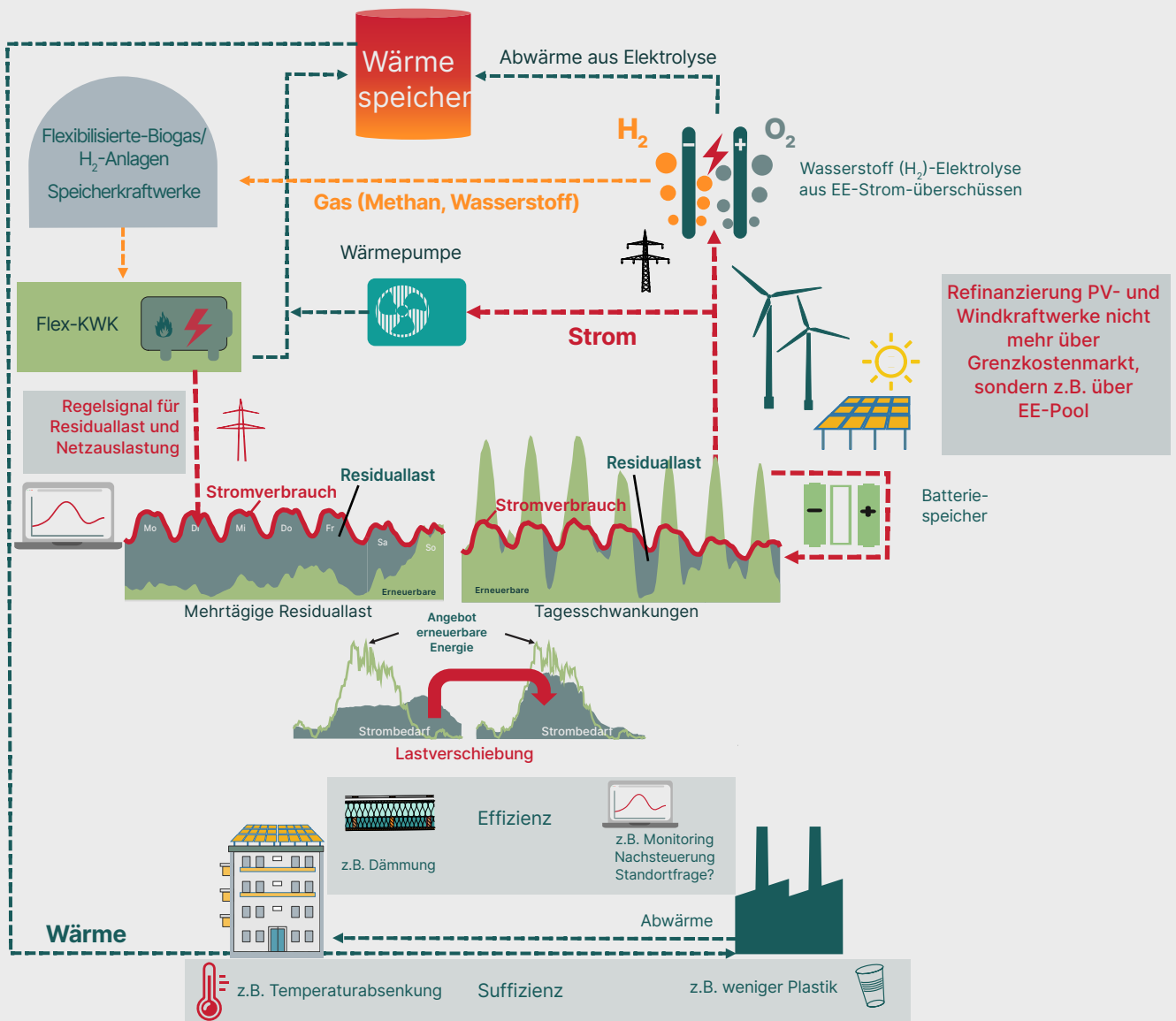


Klimaschutz im Bundestag

Kommunale sektor- und spartenübergreifende
Energieleitplanung (KSSE)

KSSE in 10 Thesen

Flexibilität in der Praxis erfordert Anreize vor Ort



Stand 14.08.24

Gefördert mit Mitteln der Deutsche Bundesstiftung Umwelt
(Projekt AZ 38842/01 Laufzeit Mai 2023-Juni 2024)

gefördert durch



Deutsche
Bundesstiftung Umwelt

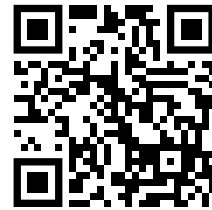
www.dbu.de

KSSE in zehn Thesen

- (1) Um die entsprechenden Flexibilitäten vor Ort zu ermöglichen, sollte die kommunale Wärmeplanung zu einer sektor- und spartenübergreifenden Energieleitplanung weiterentwickelt werden.
- (2) Die Praxis bei Strom und Wärme folgt derzeit z.B. beim Ausbau von Wärmepumpen oder den Erneuerbaren weder den wissenschaftlichen Szenarien noch der Politik und ihren gesetzlichen Vorgaben.
- (3) Die Stromversorgung mit Sonne und Wind unter Einbeziehung der Infrastrukturkosten (für Stromtransport und backup-Kraftwerke der saisonalen Speicherung) kostet aktuell mehr als die fortgesetzte Verbrennung fossiler Brennstoffe, aber um ein vielfaches weniger als das Verfehlen der Klimaziele, wenn die externen Kosten berücksichtigt würden.
- (4) Die Kosten für den derzeit geplanten Netzausbau, das Netzengpassmanagement, und den Bau emissionsarmer Residuallastkraftwerke könnten die Netzentgelte mehr als verdoppeln und damit eine sozialverträgliche Wärmewende gefährden.
- (5) Lokale (nodale) Signale (Anreize) für mehr Flexibilität vor Ort sind ein Teil der Lösung, um den Ausbau der Stromnetze und der mit grünen Brennstoffen betriebenen Residuallastkraftwerken zu begrenzen.
- (6) Biogasanlagen können in der Fläche durch Umbau zu Speicherkraftwerken zur Abdeckung saisonaler Residuallasten ausgebaut werden und gesicherte Leistung bereitstellen.
- (7) Bilanzierung, Monitoring, Nachjustierung und Bewertung der Maßnahmen im Gebäudebereich anhand von Treibhausgasen tragen zur Effizienz und zur Einsparung von Treibhausgasen in den nächsten 10-15 Jahren bei.
- (8) Die Sanierung der Gebäudehülle ist nur im Rahmen üblicher Sanierungszyklen wirtschaftlich darstellbar. Sie steht im Wettbewerb zu weiteren technischen (z.B. Nachjustieren, Monitoring) und organisatorischen Maßnahmen (z.B. gemeinschaftliche Gebäudeversorgung).
- (9) Ohne Maßnahmen zur Wohnraumsuffizienz und einem dauerhaften Entziehen von Wohnungen aus dem gewinnorientierten Wohnungsmarkt (Wiener Modell) werden die Kosten für Wohnraum weiter erheblich steigen und eine energetische Sanierung in vielen Fällen verhindern.
- (10) Förderprogramme für die energetische Sanierung sollten an der tatsächlichen Einsparung von Treibhausgasemissionen und in der Höhe an sozialen Kriterien bemessen werden.

Die Kurzfassung, der vollständige Endbericht und alle weiteren Dokumente zum KSSE-Projekt finden sich auf der Projektseite unter:

<https://klimaschutz-im-bundestag.de/ksse/>



Impressum:

Bearbeitung: Jörg Lange, Klimaschutz im Bundestag e.V.

unter Mitwirkung von

Florian Anders, KEA-BW, (Kap. in der Kurzfassung, Kap 7.7 im Endbericht sowie eigenständiger Teilbericht)

Matthias Seelmann-Eggebert (Kap. 13 im Endbericht sowie eigenständige Analyse)

Martin Ufheil, Hannes Erhardt und Cosima Freier, Solares Bauen GmbH (Kapitel 7.6.1, 7.6.2 und 10 im Endbericht)

Ingenieurbüro Dipl. Ing. H.U. Brosziewski (Kapitel 7.3, 7.8.6 und 8 im Endbericht)

AK Dezent (allgemeine Diskussion verschiedener Kapitel)

Klimaschutz im Bundestag (KiB) e.V. [bis 21.5.2022 CO2 Abgabe e.V.]

Lobbyregister des Deutschen Bundestages R001260

Eingetragen beim Amtsgericht Freiburg unter VR 701860

Alfred-Döblin-Platz 1 | 79100 Freiburg im Breisgau

Telefon: +49 (0)761 45 89 32 77 | Fax: +49 (0)761 59 47 92

E-Mail: info@klimaschutz-im-bundestag.de

Web: <https://www.klimaschutz-im-bundestag.de>

Mitglied werden: <https://klimaschutz-im-bundestag.de/mitglied-werden/>

Spenden: <https://klimaschutz-im-bundestag.de/spenden/>

Newsletter abonnieren: <https://klimaschutz-im-bundestag.de/newsletter/>

Im Netzwerk des Klimaschutz im Bundestag (KiB) e.V. haben sich unter den etwa 900 Mitgliedern, zahlreiche Praktiker aus Unternehmen, Verbänden, Kommunen und Einzelpersonen zusammengeschlossen, um u.a. die bundespolitischen Rahmenbedingungen so zu ändern, dass die Energiewende vor Ort und damit der Klimaschutz schneller, unbürokratischer und systemdienlicher umgesetzt werden kann. Der KiB e.V. versteht sich als Netzwerk zwischen Praktikern und Politik.



Spenden erwünscht